

## Presseinformation

Sonntag, 18. April 2021

### Abgeordnete sollen Eingriffe ablehnen

#### FDP warnt vor Infektionsschutzgesetz

Die Essener FDP hält die massiven Freiheitseinschränkungen durch die von der Bundesregierung zeitnah beabsichtigte Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes für unverhältnismäßig und lehnt diese ab. An die Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und Grünen appellieren die Liberalen daher eindringlich, dem Vorhaben nicht zuzustimmen.

Essens FDP-Parteivorsitzender Ralf Witzel MdL wird deutlich: „Das sogenannte Infektionsschutzgesetz müssen wir politisch oder notfalls rechtlich stoppen. Nichts wird besser, wenn gerade die Zentralisten im Bund noch mehr Kompetenzen erhalten, die sich beim bisherigen Pandemiemanagement als erkennbar überfordert und inkompetent erwiesen haben. Wir brauchen weder unwirksame Ausgangssperren noch eine einseitige Fixierung auf Inzidenzzahlen, sondern mehr Test- und Impfangebote, einen besseren Schutz der Risikogruppen, eine schnelle digitale Kontaktnachverfolgung sowie Verbote für tatsächliche Infektionsereignisse. Ausgangssperren sind reine Symbolpolitik, die von den zahlreichen Versäumnissen der Verantwortlichen ablenken sollen. Es ist bedauerlich, wenn sich OB Thomas Kufen diese nun auch für Essen vorstellen kann. Eine klare Politik für Freiheitsrechte ist heute wichtiger denn je.“

Die Essener FDP nimmt die Corona-bedingten Gesundheitsgefahren absolut ernst und erwartet gerade evidenzbasierte Maßnahmen, die auch tatsächlich wirksam, notwendig und verhältnismäßig sind.